**Ausschluss und Widerruf**

**Verfügung betreffend Ausschluss vom Vergabeverfahren und Widerruf des Zuschlags**

***Muster Widerruf***

**Verfügung betreffend Widerruf des Zuschlags**

|  |  |
| --- | --- |
| **Bezeichnung und Adresse des Auftraggebers:** | Stop |
| **Objekt:** | *Hinweis: Bezeichnung des Projekts bzw. Bauobjekts usw.*Stop |
| **Gegenstand und Umfang der Leistung:** | *Hinweis:** *Gegenstand: bspw. Arbeitsgattung, BKP-Nr.*
* *Umfang: einfache umfangmässige Umschreibung der zu erbringenden LeistungStop*
 |
| **Anbieter:** | *Firma mit Adresse (Zuschlag vom ….)* |

**Sachverhalt:**

Aufgrund des durchgeführten *offenen / selektiven Verfahrens / Einladungsverfahrens* in eingangs erwähnter Angelegenheit reichte auch Ihre Unternehmung am ...................... *(Datum des Poststempels)* einen *Antrag auf Teilnahme / ein Angebot* ein. Mit Verfügung vom …………….. *(Datum)* wurde Ihrem Angebot der Zuschlag erteilt. Die zwischenzeitlichen Abklärungen des Auftraggebers ergaben, dass.................................. *(Angabe des Sachverhaltes, der zu einem Widerruf des Zuschlags führen kann)*. Mit Schreiben vom ..................... *(Datum)* wurde ............................... *(Firma des Anbieters)* unter Androhung der Säumnisfolgen die Möglichkeit zur Stellungnahme eingeräumt (Art. 15 und 17 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege [sGS 951.1]). In der Stellungnahme vom ........................... *(Datum)* macht .......................... *(Firma des Anbieters)* im Wesentlichen geltend, ............................ *(Zusammenfassung der Stellungnahme)*.

**Erwägungen:**

Aufgrund der Abklärungen steht fest, dass...................... *(Firma des Anbieters und Zusammenfassung des Sachverhaltes, der zum Widerruf des Zuschlags führt)*. Nach Art. 12 Abs. 1 Bst. .. *(Angabe der massgeblichen Bestimmung)* der Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen (sGS 841.11; abgekürzt VöB) kann der Auftraggeber in diesen Fällen den Zuschlag widerrufen. Damit hat Ihre Unternehmung gegen wesentliche Vorschriften des öffentlichen Beschaffungswesens verstossen. Die Interessen an der Einhaltung dieser Vorschriften und damit am Widerruf des Zuschlags sind höher zu gewichten als das Interesse am Verbleib im Verfahren, weil .......................... *(Darlegung von Sinn und Zweck der massgeblichen Norm unter Bezugnahme auf die konkreten Umstände:  Kapitel 8: Ausschluss / Abbruch des Verfahrens/1. Ausschluss)*. Es wurden keine stichhaltigen Gründe vorgebracht, welche gegen einen Widerruf sprechen, weshalb der Zuschlag zu widerrufen ist.

*(Allenfalls Erwägungen über einen Antrag an die Regierung betreffend den Ausschluss von künftigen Vergabeverfahren nach Art. 12 Abs. 2 VöB:   Kapitel 8: Ausschluss / Abbruch des Verfahrens/1. Ausschluss)*

**Entscheid:**

Die Zuschlagsverfügung vom …………….. *(Datum)* wird gestützt auf Art. 12 Abs. 1 Bst. .. VöB widerrufen und ............................ (Firma das Anbieters) vom eingangs erwähnten Vergabeverfahren ausgeschlossen.

*(Allenfalls Entscheid über einen Antrag an die Regierung betreffend den Ausschluss von künftigen Vergabeverfahren)*

*Ort, Datum Für den Auftraggeber:*

 *Unterschrift*

**Rechtsmittelbelehrung:**

Gegen diese Verfügung kann innert zehn Tagen seit Eröffnung beim Verwaltungsgericht des Kantons St.Gallen, Webergasse 8, 9001 St.Gallen, schriftlich Beschwerde erhoben werden (Art. 15 der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen [sGS 841.32] i.V.m. Art. 5 Abs. 2 des Einführungsgesetzes zur Gesetzgebung über das öffentliche Beschaffungswesen [sGS 841.1]). Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Darstellung des Sachverhaltes sowie eine Begründung enthalten. Diese Verfügung ist beizulegen. Es gelten keine Gerichtsferien.